Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 61 (1967)
Heft: 1

Buchbesprechung: Zu einem Buch, das uns alle angeht
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Südafrika und Rhodesien zu fordern, dass sie jedem Schwarzen und Weissen die gleiche politische Macht, wie dies im Wahlrecht enthalten ist, zuerkennen, soll man fordern, dass eine solche politische Macht nur den Besten und Sachkundigsten, den Gütigsten des Volkes, ungeachtet ihrer Rasse oder Hautfarbe, zuerkannt wird, denn die politische Macht soll nach meiner Meinung kein Recht, sondern ein Vorrecht sein, das man sich erst verdienen muss. Man hat diesen Sachverhalt in der kommunistischen Welt eingesehen, wo die Mitgliedschaft der Partei, in welcher alle politische Macht konzentriert ist, als Ehre und Vorrecht erachtet wird, deren man nur mit grosser Mühe und Anstrengung würdig werden kann. Wir sollen auch von denen, die wir als unsere Feinde betrachten, lernen wollen.

Der politische Fehler in Südafrika und Rhodesien liegt also nach meiner Meinung nicht darin, dass man dort diskriminiert und einem grossen Teil der Bevölkerung die politische Macht versagt. Das erachte ich als notwendig, solange Millionen noch tatsächlich politische Analphabeten sind, wenn man nicht in eine Lage wie im Kongo geraten will. Der Fehler liegt nach meiner Überzeugung darin, dass man die Diskrimination nur auf die Schwarzen und nicht auch auf die Weissen anwendet, und dass die weisse Hautfarbe genügt, um des Wahlrechts würdig erachtet zu werden. Man soll deshalb nach meiner Meinung in Südafrika und Rhodesien noch viel mehr diskriminieren, als dies jetzt schon der Fall ist, aber im gerechten und zweckmässigen Sinne, und also nicht mit physischen und rassischen, sondern mit ethischen und intellektuellen Massstäben operieren. Nicht der Triumph der Quantität, wie England und die Vereinten Nationen ihn in ihrem Unverstand fordern, sondern der Sieg der Qualität soll das ausschlaggebende Moment sein. Um eine solche Umwertung praktisch zu ermöglichen, soll man grosse Veränderungen im Staatsgefüge nicht fürchten, gerade wo man den Kommunismus ablehnen will. Ich habe diese Möglichkeit in meinem Buch weiter erläutert.

J. L. Snethlage

Zu einem Buch, das uns alle angeht

Letztes Jahr erschien in deutscher Übersetzung ein Buch, das bestimmt sein könnte, eine längst fällige Wandlung in die Wege zu leiten. Wir meinen *Felix Greenes* sensationelles Werk über die Hintergründe so vieler Fehl- und bewusster Falschinformationen, auf denen die amerikanische und zum Teil die britische Chinapolitik beruht. Der deutsche Titel: «*Listen, Lügen, Lobbies*»* ergänzt die Originalfassung der Überschrift, die lautet: «*Ein Vorhang der Unwissenheit*».

Unsere Leser sind zweifellos im Bild über die zunehmende Skepsis, um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen, mit dem die amerikanische Vietnampolitik, aber auch die Einstellung der USA zu China in der Welt-

* Felix Greene: «Listen, Lügen, Lobbies». Josef Melzer Verlag, Darmstadt, 408 S., Fr. 25.40.

öffentlichkeit betrachtet werden. Selbst unser Radio, das wohl niemand der Amerikafeindlichkeit bezichtigen wird, spricht von der ständig schwindenden Glaubwürdigkeit Präsident Johnsons. Der Vorhang der Unwissenheit, den auch der Mann im Weissen Haus nicht wegziehen will, ist gewoben aus Listen und Lügen, von Lobbies (bezahlten Agenten) und Meinungsmanipulierern, unter ihnen ein Teil der Presse und Politiker. Es ist dieser Vorhang, der eine realistische Fernostpolitik der USA bisher verunmöglichte.

Um unsern Lesern einen Begriff von der Arbeitsweise Felix Greenes zu geben, sei nur ein Abschnitt näher betrachtet, der der Öffentlichkeit auch von unseren Meinungsmachern ad nauseam eingehämmert wird. Man könnte ihn mit den Stichworten: Freie Völker und kommunistische Regime – freie und gelenkte Wirtschaft – umschreiben. Ein Vergleich von *Indien und China* soll dies illustrieren.

Indien, eines der grössten unterentwickelten Länder, unter einer parlamentarischen Regierung westlicher Observanz, geniesst die Segnungen einer freien Wirtschaft.

China, eine andere asiatische Nation, wie Indien vorwiegend bäuerlich, wird seit 1949 von Kommunisten regiert. Beide Länder weisen riesige Bevölkerungen auf und sind «bestrebt, die sie seit undenklichen Zeiten bedrückende Armut abzuschütteln.» – «Kein Wunder, dass unsere Meinungsmacher es oft so darstellen, als machten diese beiden grossen Völker einen ‚Wettlauf', dessen Ausgang uns im Kalten Krieg entweder nützen oder schaden wird.»

Felix Greene schreibt: «Wie soll ein armes Land es anfangen, seine Armut zu überwinden? Um sich von Armut, Elend und Analphabetentum zu befreien, muss eine Nation sparen. Eine Pumpe für die Bewässerung, eine Schule, eine Fahrradfabrik, eine Strasse, ein eiserner Pflug sind unerreichbar, sofern nicht jemand Geld gespart hat, um dafür zu bezahlen. *Es gibt keine andere Möglichkeit.* Und für eine Nation, die knapp ihr Leben fristet, bedeutet Sparen Leiden, und die Leiden bringen soziale Spannung und Unruhe mit sich. Die Leiden und die soziale Spannung sind geringer, wenn das Volk seine Kollektivziele erkennt und die Anstrengung gleichmässig auf alle verteilt wird, denn unter solchen Umständen werden der Stolz, das Gefühl, an einem gemeinsamen Kampf teilzunehmen, und die gegenseitige Unterstützung beträchtlich gestärkt. Die soziale Spannung ist gross, wenn das Leiden ungleich verteilt ist und eine Schicht der Bevölkerung nicht nur nichts erleidet, sondern geradezu Nutzen zieht aus dem Leiden anderer. Das Leiden im Aufstieg Grossbritanniens zur industriellen Grossmacht war nicht gleichmässig auf alle verteilt. Es ist, wenn man historische Massstäbe anlegt, noch nicht lange her (zu Lebzeiten meines Grossvaters), dass sieben- oder achtjährige Kinder hinunter geschickt wurden in die Kohlenbergwerke in Südwales und neunjährige Mädchen 14 Stunden am Tag in den Spinnereien arbeiteten. In ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Sicherheit vergessen die Engländer ihre eigene düstere Erbschaft. Die entsetzliche Ausbeutung von Menschen ermöglichte es einer relativ

kleinen Zahl von Menschen einer einzigen Klasse, reich zu werden, und aus ihren Ersparnissen konnten weitere Fabriken und Bergwerke und Spinnereien und Eisenbahnen und Schiffe gebaut werden. Grossbritannien errichtete ein Empire auf dem akkumulierten Vermögen einiger weniger – und mit dem Empire wurde die Last des Leidens sozusagen verschoben von der eigenen Bevölkerung auf jene Völker im Ausland, die es unterworfen hatte und ausbeuten konnte... Grossbritanniens Aufstieg zur Industriemacht war gekennzeichnet durch ununterbrochene Aufstände, Unruhen und grausame Repressalien. Es gab auch britische Flüchtlinge, zu Hunderttausenden flohen sie in die Kolonien nach Amerika, irgendwohin – weg von den unsagbaren Zuständen in dieser aufstrebenden Industrienation.»

«Amerika hatte eine bessere Ausgangslage – aber es entging seinem Anteil an menschlichem Leiden doch nicht. Indem es Negersklaven und Mexikaner für die landwirtschaftliche Erschliessung (und billige, aus Europa importierte Arbeitskräfte für die Industrie) einsetzte, hat Amerika auch Unrecht getan. Die Inlandkolonie der Negerbevölkerung erfüllte, was billige Arbeitskräfte betrifft, denselben Zweck wie Grossbritanniens überseeische Kolonien.»

«Wir müssen uns diese historischen Tatsachen ins Gedächtnis rufen, damit wir einige der schwierigen Probleme verstehen können, mit denen sich heute die unterentwickelten Länder der Welt auseinandersetzen müssen... Diesen aufstrebenden Ländern stehen kein fremdes Kolonialvolk und keine im Ausland zu erschliessenden Hilfsquellen wie auch keine Sklavenbevölkerung im eigenen Lande zur Verfügung.»

«Eine wichtige Vorbedingung, die erfüllt werden muss, wenn ein rückständiges Land vorwärtskommen soll, ist die grösstmögliche Mobilisierung des Überschusses, den die wohlhabenden Klassen akkumuliert haben. (In einer Meldung des Londoner «Times» aus Neu-Delhi heisst es, dass auf etwa ein Prozent der indischen Bevölkerung fast die Hälfte des Nationaleinkommens entfällt.) Eine derartige Mobilisierung vorhandener und potentieller wirtschaftlicher Überschüsse stösst immer auf die entschlossene Opposition in der ‚kleinen Klasse', deren Hauptinteresse es ist, ihren Reichtum und ihre Privilegien zu erhalten. Sie verschärft ihre Unterdrückungsmassnahmen und vergeudet riesige Summen auf wuchernde Bürokratien und grosse militärische Einrichtungen, deren einzige Funktion es ist, das Regime an der Macht zu erhalten und die Instrumente zur Unterdrückung zu liefern.

Den Widerstand einer unterdrückenden herrschenden Klasse zu überwinden, das gesamte vorhandene Überschusskapital zu mobilisieren und zu sparen – das sind die drei Grundprobleme, denen sich jedes rückständige Land in Afrika, Asien oder Lateinamerika gegenübersieht. Diese drei entscheidenden Punkte sind der Preis, der unweigerlich für jedes wirtschaftliche Wachstum gezahlt werden muss.»

«Unter den unterentwickelten Ländern, die gewillt waren, den Preis für den Fortschritt zu zahlen, findet sich China. Die Chinesen erkannten die Realitäten, vor allem, dass neue Ersparnisse nur aus Arbeit kommen

können, und dass die unvermeidliche Mühsal und Anstrengung der Anfangsstadien der Akkumulation gleichmässig verteilt werden muss, was bedeutet, dass die wirtschaftliche Leitung zu zentralisieren ist. Sie begriffen vor allem, dass sie nicht durchkommen würden, ohne dass der Einsatz der Menschen viel systematischer betrieben – die Energien der Massen wirkungsvoll stimuliert werden mussten.»

Dies führte in den Jahren 1957 und 1958 zur Einrichtung der Kommunen, als deren Ergebnis feststeht, dass «China das erste grössere rückständige Bauernland ist, dass das uralte Problem der ländlichen Unterbeschäftigung praktisch gelöst ist. Nach der Einführung der Dorfindustriebetriebe und Werkstätten gibt es jetzt keinen Arbeitsmangel mehr, wie sehr der saisonbedingte landwirtschaftliche Bedarf an Arbeitskräften auch fluktuieren mag. Die chinesischen Bauern, die ähnlich wie die indischen Bauern noch 1957 im Durchschnitt nur 161 Tage im Jahr produktiv arbeiteten, sind heute 300 Tage an der Arbeit. Hunderte von Millionen Bauern leben heute nicht mehr von der Hand in den Mund, sondern sind voll eingegliedert in die Wohlstand erzeugende Tätigkeit der Nation als einem Ganzen. Sie sind jetzt in die nationale Geldwirtschaft einbezogen und stehen nicht mehr ausserhalb – sie gehören als Wohlstanderzeuger und als Verbraucher dazu.»

«Schon 1960 mussten die Kommunen Banken für die persönlichen Ersparnisse der Bauern einrichten. Eine ausführliche Untersuchung des Bankwesens in Asien, die in der Far Eastern Economic Review (12.April 1963) erschien, zeigt, wie weitgehend die grosse Masse des chinesischen Volkes heute in die Geldwirtschaft einbezogen ist.»

Wie Felix Greene selbst gesehen und andere Chinareisende berichtet haben, sind die den Bauern heute zur Verfügung stehenden sozialen Errungenschaften mannigfaltig. «Sie haben jetzt Unterricht, Gesundheitsfürsorge, kulturelle Gemeindetätigkeit, Kinos, Altersversorgung. Sie brauchen nicht mehr von einer Ernte zur andern auf Bezahlung zu warten, sondern erhalten einen regulären Lohn. Sie geniessen die Möglichkeit, sich Liebhabereien aller Art zu widmen. Sie können eine Ausbildung erhalten als Krankenschwestern, Lehrer, Tierärzte, Mechaniker, Elektriker usw. Es gibt Schulen, wo Erwachsene Lese- und Schreibunterricht nachholen können, und Wanderbibliotheken bringen Bücher auch in die entlegensten Dörfer. Zum erstenmal haben Millionen Bauern die Möglichkeit, zu lesen – und sie tun es.»

Und fast alle diese Fortschritte sind ermöglicht worden durch die Einrichtung der ländlichen Kommunen.

Wenn China heute Aussicht hat, sich aus eigener Kraft, ohne fremde Hilfe, aus früherem Elend herauszuarbeiten, wenn «das chinesische Volk und die Regierung schon 1962 von einer zuversichtlichen, aber nicht selbstgefälligen Stimmung erfüllt waren», wie der britische Generalkommissar für Südostasien, Malcolm MacDonald, nach einem Besuch Chinas erklärte, so ist dies schon ein wertvoller Beweis für die wirkliche Lage im Riesenland China, die von Aussenstehenden so schwer zu überblicken ist. Es sind

aber seit 1962, dem ersten Jahr nach den katastrophalen Missernten der Jahre 1959 bis 1961, so viele Berichte von Beobachtern aus dem Westen, von westlichen Botschaften in China, die bestätigen, dass selbst in jenen Jahren der Dürren und Überschwemmungen in China niemand mehr verhungerte, dass überhaupt die Hungersnöte, die ständig im einen oder andern Landesteil wüteten, und die Furcht vor dem Verhungern heute der Vergangenheit angehören.

Diese eine Tatsache von historischer Bedeutung hat nicht gehindert, dass die westliche Presse mit wenigen Ausnahmen den Eindruck zu erwecken suchte, als litte China heute mehr als je zuvor.

Es lohnt sich nicht, alle die Fehlurteile, die phantastischen und zum Teil unsäglich einfältigen Berichte wiederzugeben, die seit 1949 über China publiziert wurden, in 99 Prozent der Fälle von Korrespondenten, die chinesischen Boden nie betreten hatten. Felix Greene unterbreitet eine Anzahl davon im vorliegenden Buch. Im grossen ganzen geben seriöse Volkswirtschaftspublikationen, wie die «Far Eastern Economic Review» oder aber der Handelsteil einer bedeutenden Tageszeitung ein objektiveres Bild der Lage als die parteipolitisch gebundene Presse. So lesen wir beispielsweise im Handelsteil der «NZZ», Nr. 5532, von «Fortschritten der wirtschaftlichen Entwicklung, die an der Kantoner Messe festzustellen waren», und weiter, «dass auch die Kulturrevolution keine nennenswerten negativen Auswirkungen (auf die Wirtschaftstätigkeit) gehabt habe».

Wenn China seinen Preis für den Aufstieg mit harter Arbeit und Opfern des ganzen Volkes zu bezahlen gewillt war – zahlt sein Nachbarland *Indien* einen Preis anderer Art.

Es zahlt den Preis für die Stagnation, für das Stehenbleiben, der nicht minder hoch in Leiden und Tod, anderseits aber nicht durch das Bewusstsein gemeinsamer Anstrengung und durch die Zuversicht einer besseren Zukunft kompensiert wird. Der Westen allerdings wünscht, aus einer Unmenge von Gründen, dass Indien obenauf schwingt, und stellt sich in seinen Kommentaren zur indischen Entwicklung entsprechend ein. «Es wird uns versichert, der materielle Fortschritt in Indien gehe zwar langsamer vonstatten, dafür werde er aber demokratischer erzielt – «menschlicher» mit weniger autoritärer Kontrolle, mit grösserer Stabilität. Zuletzt werde Indien China weit hinter sich lassen.

Indien ist «freier», sicher. Aber das gilt, wie Felix Greene sagt, nur für ganz wenige Inder. «Es ist eine dezentralisiertere Gesellschaft, eine lethargischere und viel leichtlebigere und für die Privilegierten sehr viel behaglichere Gesellschaft.»

Obwohl England, als es Indien seine Selbständigkeit gab, eine fortschrittlichere industrielle Grundlage, als China sie 1949 besass, hinterliess, hat China heute eindeutig einen Vorsprung. «China verfünffachte bis 1962 seine Stahlproduktion, während Indien sie nur verdoppelte. 1962 betrug die Getreideerzeugung pro Kopf 56 Prozent mehr in China als in Indien. Die Investitionsrate in Indien betrug 1960 knapp 10 Prozent, in China war sie dreimal so hoch. Indiens Investitionen wurden durch Auslandhilfe

unterstützt, die sich bis August 1962 auf über 6,5 Milliarden Dollar belief. Chinas Investitionen erfolgten fast ausschliesslich aus seiner eigenen laufenden Produktion.»

Der indische Finanzminister erklärte 1962, Indien sei bei der Finanzierung von Aufbauplänen völlig auf ausländische Hilfe angewiesen. Dazu bemerkte das «Wall Street Journal» am 22. Juni 1962: «Die Gefahr liegt darin, dass ein solcher Beistand an die Stelle des normalen Handels treten könnte, so dass die indische Wirtschaft von amerikanischer Hilfe chronisch abhängig wird.» «In Indien fehlt allgemein ein Gefühl für die Dringlichkeit des Ernährungsproblems...» «Der Ertrag der indischen Äcker hat sich in den letzten dreissig Jahren nur um Bruchteile, wenn überhaupt, erhöht», sagt ein Sonderbericht der Londoner «Times» über die indische Landwirtschaft (11. März 1963). «Die indischen Planer», schreibt der Londoner «New Statesman» (1. Juni 1962), «setzen sich über die westliche Kritik an ihrer Einstellung zur Landwirtschaft aus zwei Gründen hinweg. Sie weisen darauf hin, dass sich die Erzeugung von 50 Millionen Tonnen Getreide im Jahre 1951 auf fast 80 Millionen Tonnen 1962 erhöht habe und *dass die USA sowieso Fehlmengen aus ihren Überschüssen ausgleichen!*»

Zwei der unerlässlichen Voraussetzungen für den Fortschritt, die höchstmögliche Mobilisierung des Überschusses und die gleichmässige Verteilung der unerhörten Anstrengungen in der Zeit des ersten Kapitalsparens, sind in Indien nicht erfüllt worden.

In einleuchtender Weise hat Paul Baran, Professor für Nationalökonomie an der Stanford-Universität, die Gründe, warum Indien keinen Fortschritt erzielt hat, zusammengestellt.

Er schreibt über die Kongresspartei, die immer noch Indiens nationale Politik beherrscht: «Die zu breite Basis der Partei, die im Kampf um die Unabhängigkeit ihre Stärke war, lähmt heute die indische Verwaltung... Bei ihrem Vorhaben, die Entwicklung des industriellen Kapitals zu fördern, wagt sie es nicht, den Interessen der Grundbesitzer zu nahe zu treten. Bei dem Bestreben, die schlimmste Ungleichheit der Einkommen abzuschwächen, schreckt sie davor zurück, den Händlern und Geldverleihern ins Gehege zu kommen. Auf der Suche nach einer Möglichkeit, die Lage der Arbeitnehmer zu bessern, fürchtet sie, sich die Feindschaft der Wirtschaft zuzuziehen. Ihrem Herkommen nach anti-imperialistisch, bemüht sie sich dennoch um ausländisches Kapital. Sie huldigt dem Grundsatz des Privateigentums und verspricht der Nation dennoch eine sozialistische Gesellschaftsstruktur.

Bestrebt, unvereinbare Bedürfnisse miteinander in Einklang zu bringen, leistet sie Flickarbeit – und ersetzt revolutionäre Taten durch revolutionäre Worte... Das Regime besitzt nicht die Macht, das zu mobilisieren, was das Wichtigste wäre: die Begeisterung und die schöpferische Energie der breiten Volksmasse für einen entscheidenden Schlag gegen die Rückständigkeit, Armut und Lethargie ihres Landes.»

Indien kann wie China «schliesslich nur unter einer Regierung Fort-

schritte erzielen, die bereit ist, den Kampf mit den inländischen und ausländischen Geldinteressen aufzunehmen... Indem sie sich um ihre Verantwortung drückt und ein echtes Programm wirtschaftlicher und sozialer Reformen hinausschiebt, setzt sie ihre historische Gelegenheit aufs Spiel, ihr grosses Land von Elend und Unterdrückung zu befreien und es in einen rasch vorankommenden modernen Staat zu verwandeln.»

Die westliche Presse hatte, wie Felix Greene immer wieder zeigt, wenig Interesse an einer grundlegenden Analyse von Indiens Nöten. Auch Galbraith, einst amerikanischer Botschafter in Indien, ein Vertreter des offiziellen Amerika also, «nannte Rotchina einen Versager und Indien ein erfolgreiches Kapitel in Asien». Sogar Nationalökonomen wie Everett D. Hawkins finden, Indien sei eben «gegen Zwangsarbeit und Enteignung und lege den Nachdruck auf Ernährung und höheren Lebensstandard».

Indiens Grenzstreit mit China bietet, wie Felix Greene zeigt, ein eindeutiges Beispiel dafür, «wie manche Zeitungsberichte, weit davon entfernt, sich auf objektive Tatsachen zu stützen, je nach der Stimmung der offiziellen Haltung fluktuieren».

Im Sommer 1962 deuteten Berichte aus Indien auf eine Wirtschaftskrise hin. Der indische Finanzminister reiste durch die europäischen Städte auf der Suche nach 220 Millionen Dollar. Indiens Devisen waren auf einem noch nie dagewesenen Tiefstand, die Industrieproduktion blieb weit hinter den Plänen zurück – alles vermittelte den Eindruck, dass Indien praktisch bankrott war...

«Mit dem Ausbruch der Grenzkämpfe im Oktober 1962 verschwanden diese düsteren Bilder aus der westlichen Presse. Über Nacht schien die indische Wirtschaft vorangekommen zu sein, und zwar so rasch, dass uns (in Amerika) im Laufe von ein paar Tagen erklärt wurde, einer der Hauptgründe für das Vorgehen der Chinesen an der Grenze sei der Erfolg der indischen Wirtschaft.»

So schrieb die Presseagentur UPI im November 1962: «Da Indien dem kommunistischen China in friedlicher Entwicklung den Rang ablief, musste das kommunistische China Indien zwingen, seine beschränkten Ressourcen abzulenken.» Und ähnliche Sprüche mehr waren zu lesen, es kam zu einem eigentlichen Boom der indischen Wirtschaft, solange die Grenzkämpfe andauerten. Ein paar Monate später freilich las man wieder die bekannten Einzelheiten über Stagnation und zunehmende Abhängigkeit von ausländischer Hilfe.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Buch von Felix Greene ein unerhört wertvolles Werk darstellt. Wer immer sich mit Fragen der Entwicklungshilfe auseinandersetzt, sollte es gründlich studieren. Der Gegensatz zwischen privilegierten Nationen – das sind wir im Westen – und den unterentwickelten Ländern Südamerikas, Asiens und Afrikas verschärft sich zusehends, und Lösungen dürfen nicht zu lange auf sich warten lassen. *Red.*